



Schrittmacher

Zeitung der DKP Berlin für die Charité- & Vivantes-Beschäftigten

Juni 2017



Jetzt erst recht!

*Gewerkschaftliche „Organisationsmacht“
in der Charité durchsetzen!*

❖ Sicher, es scheint ruhiger geworden zu sein an der Charité. Manche reden von einer gewissen Müdigkeit, gar Resignation in den Kämpfen um mehr Personal und um die Wiedereingliederung mit entsprechendem Tarifvertrag für die Servicegesellschaft Charité Facility Management (CFM). Das hat wohl auch damit zu tun, dass die Erwartungen trotz der Vereinbarungen, Zusagen und Versprechungen des Arbeitgebers bisher nicht sichtbar erfüllt worden sind. Es ist eben eine alte Illusion zu glauben, dass ein kapitalistischer Arbeitgeber (und so handelt die Charité-Leitung) allein auf dem Verhandlungswege zu echten Zugeständnissen zu bewegen sei.

Mit Scheinargumenten, juristischer Hinhaltenaktik und Rücknahme von Vereinbarungen wird immer wieder versucht, die Kampfbereitschaft

der Beschäftigten zu lähmen. Es bestätigt sich die Feststellung des Jenaer Soziologen Klaus Dörre: Es reicht nicht, sich auf „institutionelle Machtressourcen“ wie das Betriebsverfassungs- oder Tarifvertragsgesetz zu stützen. Letztlich müssen die Belegschaften auch „Organisationsmacht“ entwickeln, um ihre Interessen durchzusetzen.

Doch wie können die Kolleginnen und Kollegen im Betrieb praktisch in die Gewerkschaftspolitik einbezogen werden? In der Charité gibt es eine zwar kleine, aber sehr aktive ver.di-Betriebsgruppe und Tarifberater. Sie hat Tarifgeschichte geschrieben: Mit einem zweiwöchigen Streik setzte sie im vergangenen Jahr den bundesweit ersten Tarifvertrag für Gesundheitsschutz mit mehr Personal im Krankenhaus durch. Dabei war das wirksamste Kampfmittel die Schließung von Stationen. Diese

➔ Fortsetzung auf Seite 2



Charité-Legende Ingeborg Syllm-Rapoport gestorben

*Am 23. März verstarb die
Charité-Kinderärztin im
Alter von 104 Jahren.*

Ingeborg Syllm-Rapoport war in der DDR führend bei der Behandlung von Frühgeborenen und war die erste Professorin für Neonatologie in Europa an der Charité.

1938 während des Faschismus war Rapoport ihre Dissertation verweigert worden, weil sie Jüdin war. Sie emigrierte in die USA und arbeitete an Krankenhäusern. Dort drohte ihr aufgrund ihrer kommunistischen Weltanschauung während der McCarthy-Ära erneut die Verfolgung. So siedelte sie in den 50er Jahren mit ihrem Mann in die DDR über, wo sie als Kinderärztin arbeitete und schließlich habilitierte. 1958 wechselte sie an die Charité-Kinderklinik und erhielt 1969 ihren Lehrstuhl. Besonders lag ihr die Senkung der Kindersterblichkeit am Herzen. Im Mai 2015 verteidigte sie mit 102 Jahren erfolgreich ihre Doktorarbeit von 1938. Nach Charité-Angaben war sie somit der älteste Mensch, der jemals promoviert wurde.



Mehr Rot ins Gesundheitswesen!

DKP Berlin gründet Betriebsaktiv für das Gesundheitswesen

Mit über 200.000 Beschäftigten ist das Berliner Gesundheitswesen eine der größten Branchen in Berlin mit vielen Betrieben. Die größten sind die Berliner Charité und das Klinikum Vivantes. Auch viele Mitglieder der DKP sind in dieser Branche tätig.

Mit dem 21. Parteitag der DKP wurden Maßnahmen festgelegt, mit denen die DKP wieder verstärkt auf Betriebe und Gewerkschaften orientieren will. Damit sollen auch die Aktivitäten der kommunistischen Partei enger an den Interessen der Werktätigen ausgerichtet werden. Dabei ist die Gründung von Betriebsaktiven ein Schritt in die Richtung von Betriebsgruppen.

Die Berliner DKP-Mitglieder aus der Gesundheitsbranche machen den Anfang. Auf mehreren Treffen wurde sich zunächst über die möglichen Arbeitsschwerpunkte und Arbeitsweise verständigt. Es wird darum gehen, den Interessen der Werktätigen in diesem Bereich eine Möglichkeit zu bieten, diese gemeinsam mit KommunistInnen Gehör zu verschaffen, Forderungen zu formulieren und eine Grundlage für Aktionen zu entwickeln. Darüber hinaus werden die Gruppenmitglieder und Sympathisanten ihre Kompetenzen bündeln und gesundheitspolitische Positionen entwickeln und sich in die Debatten einmischen.

Wer bisher noch nicht in den Vorbereitungen einbezogen war oder Interessen hat, sollte sich nun schnell melden: info@dkp-berlin.info

Verbindliche Vorgaben für mehr Personal in den Krankenhäusern ist eine politische Aufgabe, die einen Paradigmenwechsel und Systembruch verlangt ...

» Fortsetzung von Seite 1

Auseinandersetzung hat bundesweit in den Kliniken bis heute eine enorme Ausstrahlungskraft. Ein Präzedenzfall dafür, dass Belegschaften auch mit tariflichen Mitteln gegen die Personalnot vorgehen können. Auf juristischer Ebene bestätigte ein Berliner Arbeitsrichter das mit der Aussage: „Die unternehmerische Freiheit des Arbeitgebers endet dort, wo der Gesundheitsschutz der Beschäftigten anfängt.“

Das System der „Tarifberaterinnen und Tarifberater“ ist eine Errungenschaft: Es ermöglicht einen engen Austausch von Informationen und Forderungen. „Es geht auch darum, solche Auseinandersetzungen und die gewerkschaftliche Arbeit insgesamt zu demokratisieren. Das funktioniert nur, wenn die Kolleginnen und Kollegen umfassend informiert sind und sich selbst eine Meinung bilden können“, so ver.di-Sekretär Kalle Kunkel.

Im Rahmen der bundesweiten Bewegung für Entlastung im Krankenhaus sind viele Klinikbelegschaften dem Beispiel der Charité gefolgt und haben ebenfalls Tarifberater gewählt – im Saarland sogar in allen 21 Krankenhäusern. Der zuständige saarländische Gewerkschaftssekretär Michael Quetting: „Unser Plan geht von dem abgestimmten Druck im tariflichen, betrieblichen und politischen Bereich aus. Dabei gilt es, den Bundestagswahlkampf zu nutzen ... Verbindliche Vorgaben für mehr Personal in den Krankenhäusern ist eine

politische Aufgabe, die einen Paradigmenwechsel und Systembruch verlangt... Jetzt kämpfen wir endlich bundesweit... Unser Kampf braucht die Unterstützung großer Teile der Zivilgesellschaft.“ In diesem Sinne gilt auch in der Charité: Jetzt erst recht!



Aufruf an die Schrittmacher- Leserschaft

Liebe Leserin,
lieber Leser,
seit über 10 Jahren gibt es nun schon den Schrittmacher, der aller 2 Monate verteilt wird. Wir sind natürlich auch an Eurer Meinung interessiert. Schreibt uns Leserbriefe, gebt uns Hinweise und Tipps. Eure Briefe bitte an:
Deutsche Kommunistische Partei
Landesorganisation Berlin
Franz-Mehring-Platz 1
10243 Berlin
Tel.: 030.29783132
Büroöffnungszeiten:
Mo. - Do. 16 Uhr - 19 Uhr
Mail: info@dkp-berlin.info

Eure Schrittmacher-Redaktion



Hauptstad- der schlechten Arbeitsbedingungen

Jeder Dritte in Berlin ist arm

📌 2016 steigerten die 30 größten Konzerne in Deutschland ihre Gewinne um 15 Prozent. Löhne und Gehälter stiegen um zwei Prozent. Die Medien berichten von einer „Entspannung des Arbeitsmarkts“. Stimmt, immer mehr Berlinerinnen und Berliner gehen arbeiten. Aber ihr Anteil an den erzeugten Werten wird immer kleiner, ihre Arbeitsbedingungen werden schlechter.

Spitzenreiter beim Ausbeutungsgrad sind das Gastgewerbe, das Gesundheits- und Sozialwesen und einige Dienstleistungsbereiche. Die Industrie zahlt pro Arbeitsstunde ca. vier Euro mehr als das Krankenhaus oder das Seniorenheim. Überall (Ausnahme: Bildungswesen) zahlt man Frauen im Durchschnitt geringere Stundenlöhne als Männern. Überall nimmt die Arbeitsintensität zu. Die Lohnabhängigen beschaffen immer größere Werte und bekommen immer weniger ab vom Erlös. Auf 30 Prozent ist die Armutquote Berlins gestiegen. Wie kommt es, dass mit der Zahl der Arbeitsplätze auch die Armut wächst? Private wie öffentliche Unternehmen haben den von der rot-grünen Bundesregierung eröffneten Selbstbedienungsladen „Agenda 2010“ genutzt, um eine ganze Palette verschärfter Ausbeutungsverhältnisse herzustellen: Mit Leiharbeit, Fremdvergabe und Minijobs hebeln sie Standards guter Arbeitsbedingungen aus. Sanktionsdrohungen bei der Gewährung von Hartz-IV-Beihilfen führen

dazu, dass Erwerbslose jeden noch so schlechten Job annehmen müssen. Außerdem arbeitet in Berlin jeder dritte Beschäftigte in Teilzeit. Als Leistungspeitsche wirken auch befristete Arbeitsverträge. Wer will schon zurück ins Hartz-IV-Regime, wo vielleicht ein Job mit „kapazitätsorientierter variabler Arbeitszeit“ droht? All das ermöglicht Hartz IV, indem es Unternehmen durch die „Aufstockung“ der Löhne davon befreit, den Lebensunterhalt der Arbeitenden zu sichern. Staat und „Wirtschaft“ wirken zusammen. Besonders „gut“ klappt das in den Sozialberufen, wo die Bezahlung am geringsten ist. Aktuelle Forderungen nach gesetzlichen Personaluntergrenzen in Krankenhäusern (ver.di) und Proteste gegen die Dequalifizierung in Kitas und Schulen, wo jede dritte Erzieherstelle mit einer nicht ausgebildeten Kraft besetzt werden darf (GEW), spiegeln die Reaktion des Arbeitsmarkts wider: Der Nachwuchs bleibt weg. Aber Berlin ist nicht nur die Hauptstadt der Armut und der schlechten Arbeitsbedingungen, sondern auch der erfolgreichen Arbeitskämpfe. Hier wurde 2016 (Personalbemessung an der Charité) und 2017 (Gleichstellung in der Bezahlung an den Grundschulen) historisch Einmaliges erkämpft. Jetzt geht es um die Erträglichkeit der Arbeit, um Vollzeitstellen, die mit dem Leben vereinbar sind, um kürzere Arbeitszeit bei vollem Lohn- und Personalausgleich.



Mehr Geld bei Sana

Seit dem 10. Januar liefen die Tarifverhandlungen beim Klinikkonzern Sana.

Der Konzern hatte lange gemauert und kein verhandlungsfähiges Angebot vorgelegt.

ver.di und die Sana-Kliniken haben nun sich auf einen neuen Tarifvertrag verständigt. Die Vereinbarung sieht eine spürbare Anhebung der Gehälter sowie eine Reihe struktureller Verbesserungen vor und betrifft rund 10.000 Beschäftigte in 20 Kliniken des Konzerns. Die Tarifkommission hat dem Ergebnis am 8. Mai 2017 zugestimmt.

Sana ist eine Aktiengesellschaft im Besitz von 26 privaten Krankenversicherungen. 1976 als erster privater Klinikbetreiber gegründet, war es von Anfang an Geschäftsziel, mehr Privatleistungen in der Krankenversorgung durchzusetzen. Auf Kosten der gesetzlichen Krankenversicherung natürlich. 2016 verzeichnet Sana einen Gewinn von über 2 Milliarden Euro und damit 3,6% mehr als 2015. Die Party geht weiter. Aber ohne die Beschäftigten. Im März schrieben einige Beschäftigte aus dem Klinikum Lichtenberg mit ver.di einen offenen Brief an den Geschäftsführer. Darin werden die unhaltbare Personalsituation und die mangelnde praktische Wertschätzung durch die Leitung scharf kritisiert. Es ist höchste Zeit, sich zusammenzuschließen und zu handeln.

Saarland in Bewegung

ver.di Saar hat 21 Kliniken zu Tarifverhandlungen zur Entlastung aufgefordert.

Die Landesregierung reagiert mit der Forderung nach paritätischer Finanzierung der Krankenkasse, mit der Zusage von Personalanhaltszahlen im Landeskrankenhausplan sowie eines Krankenhausstrukturfonds. ver.di begrüßt das, bleibt aber skeptisch. Am „Tag der Pflegenden“ am 12. Mai gab der zuständige Gewerkschaftssekretär Michael Quetting der „UZ“ ein Interview und formulierte die Forderungen der Beschäftigten: „Wir verlangen unverzüglich die Festlegung von gesundheitsschützenden Mindestbesetzungen sowie von Maßnahmen bei deren Unterschreitung von den Krankenhäusern, sonst verweigern wir nicht geschuldete Leistungen. Dabei stützen wir uns auf das Arbeitsschutzgesetz und pochen auf die Mitbestimmung.“

Mehr Informationen und das ganze Interview:
http://www.unsere-zeit.de/de/4920/wirtschaft_soziales/5506



Kontakt & Impressum:

Deutsche Kommunistische Partei
 Landesorganisation Berlin
 Franz-Mehring-Platz 1
 10243 Berlin

Tel.: 030.29783132

Mail: info@dkp-berlin.info

Web: www.dkp-berlin.info

V.i.S.d.P.: R. Perschewski,
 Franz-Mehring-Platz 1, Berlin



Die DKP im Bundestagswahlkampf

Frieden – Arbeit – Solidarität!

Die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) kandidiert zu den Bundestagswahlen. Wir geben uns nicht der Illusion hin, dass es zu Mandaten im Bundestag reicht. Und wir wissen, dass Wahlen allein noch nie geholfen hat, sondern dass dieses Land dringend außerparlamentarischen Widerstand braucht.

Warum kandidieren wir dennoch zur Bundestagswahl? Die Antwort ist einfach: Wir wollen die Gelegenheit nutzen, die Positionen der Kommunistinnen und Kommunisten bekannt zu machen. Es ist vielleicht bekannt, dass wir, dass die DKP, den Kapitalismus abschaffen und stattdessen – mit den Bürgerinnen und Bürgern dieses Landes – den Sozialismus aufbauen will. Das ist und bleibt unser Ziel – genauer gesagt: unser Fernziel. Es kann, wie auch wir wissen, nicht unmittelbar erreicht werden. Als Voraussetzung dafür muss heute das Kräfteverhältnis geändert werden. Die Angriffe der Kapitalisten, der Großkonzerne und ihrer Regierung auf die arbeitenden Menschen verlangen dringend eine Antwort. Wir wollen im Wahlkampf die wichtigen Fragen – Frieden und soziale Sicherheit – in den Vordergrund rücken. Die DKP stellt deshalb im Bundestagswahlkampf ihr „Sofortprogramm“ mit fünf zentralen Forderungen zur Diskussion:

1. Öffentliche Investitionen in den Wohnungsbau, Schulen, Bildungseinrichtungen, Jugendzentren und Krankenhäuser

2. Schaffung von 300.000 Arbeitsplätzen

3. Aufstockung von sozialen Leistungen, von Hartz IV, Kindergeld, Rente und des Mindestlohns

4. Ende der Kriege und anderer Auslandseinsätze der Bundeswehr, Verringerung des Rüstungsetats

5. Erhöhung der Spitzensteuer für höchste Einkommen von Personen und Unternehmen – Wiedereinführung der Vermögenssteuer als Millionärssteuer

Deine Stimme für die DKP

Eine Stimme für die DKP bei der Bundestagswahl ist ein Zeichen, um das wir die Wählerinnen und Wähler bitten. Es ist eine Stimme gegen Ausbeutung und Krieg. Eine Stimme für eine 100%-Antikriegspartei für eine 100%-antikapitalistische Partei. Wir versprechen nicht, dass wir im Gegenzug im Alleingang die Verhältnisse ändern. Das müssen die Betroffenen schon selber tun. Wir brauchen eine starke und kämpferische Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung. Der Kampf gegen Ausbeutung und Krieg, das geht nur gemeinsam. Wenn wir es zulassen, dass wir uns in Stammebelegschaft und Leiharbeiter, in Ausgebeutete und extrem Ausgebeutete, in Deutsche und Ausländer, in Alte und Junge, in Frauen und Männer, in Arbeitnehmer verschiedener Lohngruppen, in Menschen mit Arbeit und Arbeitslose und solche, die prekär beschäftigt sind, aufspalten lassen, werden wir nichts erreichen.